

paperpress

.....N e w s l e t t e r.....

Impressum: paperpress Jugend- und kommunalpolitischer Pressedienst Berlin. Gegründet am 7.4.1976. Gründer und Herausgeber: Ed Koch. Chefredakteur: Chris Landmann (verantwortlich für den Inhalt), Fotoredaktion: Lothar Duclos. Träger / Verlag / Vertrieb / Druck: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V., vertreten durch den Vorstand Ed Koch und Chris Landmann. Postanschrift: Paper Press, Postfach 42 40 03, 12082 Berlin. Web: www.paperpress.org (Textarchiv) / www.paperpress-newsletter.de (Newsletter-Archiv) / Telefon: (030) 705 40 14 Fax: 705 25 11 – Leserschriften, Be- und Abbestellung des Newsletters und der monatlichen Druckausgabe: E-Mail: post@paperpress.org – Nachdruck honorarfrei mit Quellenangabe. Der Newsletter wird kostenlos zugestellt. Alle Newsletter-texte auch auf www.paperpress.org. Die Druckausgabe erscheint monatlich. Preis für die Zustellung: 20 Euro jährlich.

Nr. 492 Z11

30. April 2013

38. Jahrgang

Grüne Verzweiflungstat

Die Tempelhof-Schöneberger Bezirksgrünen sind verzweifelt. Das ganze Desaster um die Kleingartenkolonie Sántisstraße und der dort geplanten Logistikzentren wird in der Öffentlichkeit zu einem nicht unerheblichen Teil der Stadtentwicklungsdezernentin **Dr. Sibyll Klotz** angelastet. Nachdem der Zählgemeinschaftspartner der Grünen in der BVV, die SPD, vor einigen Tagen einstimmig einen Beschluss gefasst hat, in dem u.a. steht: *„Die SPD Tempelhof-Schöneberg fordert, dass im Zusammenhang mit den an der Sántisstraße geplanten Logistikzentren keine Baugenehmigungen erteilt werden, bis über das Zustandekommen (Unterschriftensammlung) und den Inhalt (ggf. BVV-Entscheidung) des Einwohner/innen-Antrags entschieden ist. Damit soll verhindert werden, dass weitere Tatsachen zugunsten der Logistikzentren geschaffen werden“*, fühlen sich die Grünen von ihren sozialdemokratischen Freunden verraten.

Die grüne Galle lief gänzlich über, als sie im SPD-Beschluss den Satz lasen: *„Es liegt in der Verantwortung des Stadtentwicklungsamtes, Widersprüche angemessen inhaltlich zu würdigen und im Umgang mit den Betroffenen zu deeskalieren. Bisher ist seitens des Stadtentwicklungsamtes keine angemessene Wertschätzung der Beteiligungsformen betroffener Anwohnerinnen und Anwohner erkennbar.“*

Offenbar gibt es gegenwärtig keinen geordneten Weg der Kommunikation zwischen Grün und Rot. Und so griffen die Grünen zu einem völlig untauglichen Mittel, nämlich einen „Offenen Brief“ zu verfassen, der, noch bevor ihn die meisten Mandatsträger der SPD lesen konnten, an die Presse verschickt wurde. Einen Ehekrach öffentlich auszutragen, hat das Niveau einschlägiger Sendungen des Privatfernsehens. Gern dokumentieren wir den „Offenen Brief“, der an die SPD Kreisvorsitzende, Senatorin **Dilek Kolat**, gerichtet ist.

OFFENER BRIEF

Konflikt über die Bauvorhaben im Bereich Sántisstraße

Sehr geehrte Frau Kolat, liebe Dilek,

die Auseinandersetzungen über das weitere Schicksal der Kleingartenkolonie Sántisstraße und der weiteren Entwicklung des Gewerbegrundstücks führen zu einer wachsenden Belastung des Klimas in der rot-grünen Zählgemeinschaft des Bezirks. Da die Misshelligkeiten mehr und mehr aus dem Ruder laufen, möchten wir einige Fakten ansprechen und zugleich unsere vereinbarte gemeinsame Verantwortung für unseren Bezirk in Erinnerung rufen.

Der Beschluss der Kreisdelegiertenversammlung der SPD vom 19.4.2013 erweckt den Eindruck,

- als wenn es zwischen der SPD-Fraktion in der BVV und der SPD als Partei unterschiedliche Haltungen gibt,*
- als wenn der zuständige Senator für Stadtentwicklung nicht der SPD angehört und*
- ausgerechnet die im Land und im Bezirk in Verantwortung stehende SPD nicht über andere Mittel und Möglichkeiten verfügt als über die Unterstützung eines Einwohnerantrags, politisch die Initiative zu ergreifen.*

Insoweit wollen wir Ihnen nachfolgend unsere GRÜNE Position als Partei und BVV-Fraktion verdeutlichen:

- 1. Wir sind als Partei und Fraktion für den Erhalt der Kleingartenkolonie und gegen die Entwicklung eines Logistikzentrums an diesem Standort. Wir wollen, dass Gütertransporte mehr auf die Schiene gebracht werden.*
- 2. Wir erwarten von der SPD, dass sie - auch öffentlich - klarstellt, dass das Bezirksamt als Kollegialorgan unter Leitung von Frau Bürgermeisterin Angelika Schöttler auch dann an Recht und Gesetz gebunden ist, wenn die von den jeweiligen Vorgängern im Bezirksamt übernommenen Planungen und Verträge schlampig ausgehandelt oder in der Sache schleppend oder gar nicht voran gebracht wurden.*
- 3. Als Grüne Tempelhof-Schöneberg werden wir es nicht hinnehmen, wenn – leider auch Sozialdemokraten - von Sibyll Klotz verlangen, die gestellten Bauanträge des Investors so lange liegen zu lassen, bis die Abstimmung über den Einwohnerantrag in der BVV erfolgt ist. Diese Aufforderung zu einer strafbewehrten Rechtsbeugung ist eine Zumutung für die Stadträtin, aber auch für unsere Partei und die BVV-Fraktion.*
- 4. Bitte sehen Sie davon ab, den Schwarzen Peter in dieser verfahrenen Angelegenheit Sibyll Klotz in die Schuhe zu schieben. Ohne grüne Beteiligung und lange vor ihrer der Zeit als zuständige Stadträtin (seit dem Jahre 2011) wurde zwischen Bezirk und Senat der Stadtentwicklungsplan Industrie und Gewerbe abgestimmt und aktualisiert. Vor den Senatsbeschlüssen 2004 und 2011 hätte die vom damaligen Bürgermeister Band (SPD) geführte Wirtschaftsförderung jeweils die Möglichkeit gehabt, sich gegenüber der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung dafür einzusetzen, die Sântisstraße aus dem „Stadtentwicklungsplan Industrie und Gewerbe“ bzw. dem „Entwicklungskonzept für den produktionsgeprägten Bereich in Berlin“ herauszunehmen. Auch der Flächennutzungsplan, für den die SPD im Senat seit Jahr und Tag die Verantwortung trägt, weist die Fläche als gewerbliche Baufläche aus. Es ist zudem befremdlich, wenn SPD-Vertreter in der Einwohnerversammlung von der grünen Stadträtin Unmögliches verlangen, während sie die SPD-Zuständigkeit für die Prüfung von Lärm- und Verkehrsbelastungen im Bauantragsverfahren unerwähnt lassen.*
- 5. An die Stelle von falschen Schuldzuweisungen an unsere Adresse erwarten wir, dass die SPD im Bezirk - mit uns gemeinsam – öffentlich dazu steht, dass die Handlungsspielräume des Bezirks in der aktuellen Situation äußerst gering sind. Die BVV kann keine Änderung des Bebauungsplans als Voraussetzung für den Erhalt der Kolonie beschließen, solange die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung an der Flächendarstellung „Gewerbliche Baufläche“ festhält. Wer heute gegenüber den - verständlicherweise empörten - Anliegerinnen und Anliegern der Sântisstraße und den Kleingärtnern so tut, als könne der Bezirk aus eigener Kraft viel bewegen, täuscht die Öffentlichkeit und gaukelt den Betroffenen etwas vor.*

6. **Ob eventuell doch noch das Eisenbahnbundesamt die Planungszuständigkeit für das Gelände hat, kann - noch einmal – im Lichte möglicher neuer Erkenntnisse sorgfältig recherchiert und rechtlich bewertet werden.** Wir erwarten aber von unserem Partner der Zählgemeinschaftsvereinbarung, dass sie der These öffentlich entgegentritt, dass mit dem Eisenbahnbundesamt als Planungsbehörde die Kleingärten dauerhaft zu retten sind. Eine Rettung kann nur durch eine Änderung des Flächennutzungsplans erreicht werden. Die unangenehme Konsequenz für das Land Berlin können dann Schadensersatzforderungen sein. Wir sind sehr gespannt, wie sich die Haushaltspolitiker/innen im Abgeordnetenhaus dann zu einer geplanten FNP-Änderung verhalten werden. Die Unterstützung von SPD-Vertreter/innen für einen Populismus, wie während der Einwohnerversammlung am 23.04.2013 in Lichtenrade, verbitten wir uns.

Wir bitten Sie dringend, die SPD des Bezirks davon zu überzeugen, auf die Linie der in der Zählgemeinschaftsvereinbarung vereinbarten vertrauensvollen Zusammenarbeit zurückzukehren.

Ihrer Antwort sehen wir bis zum 17.05.2013 entgegen. Gerne stehen wir auch für ein klärendes Gespräch zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Birgit Krause

Vorsitzende des Kreisverbandes Bündnis 90/Die Grünen Tempelhof-Schöneberg

Rainer Jehle

Vorsitzender des Kreisverbandes Bündnis 90/Die Grünen Tempelhof-Schöneberg

Jörn Oltmann

Vorsitzender der BVV-Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen Tempelhof-Schöneberg

Niemand macht **Sibyll Klotz** für das verantwortlich, was vor ihrer Amtszeit schief gelaufen ist. Dafür steht der Name **Bernd Krömer** (CDU). Das hat auch paperpress immer wieder festgestellt, und auch der CDU-Bezirksverordnete **Peter Rimmler** nie bestritten. Dafür, was jedoch in der Amtszeit von **Sibyll Klotz**, seit November 2011, in dieser Angelegenheit geschehen oder nicht geschehen ist, trägt sie die Verantwortung. Es ist geradezu lächerlich, in diesem Zusammenhang vom Kollegialorgan Bezirksamt zu sprechen und die Bürgermeisterin mit hineinziehen zu wollen. Für die jeweiligen Abteilungen tragen die einzelnen Stadträtinnen und Stadträte die Verantwortung. Eine Bezirksbürgermeisterin bestimmt eben nicht die Richtlinien der Politik wie beispielsweise die Bundeskanzlerin. Und sie kann auch keines ihrer Regierungsmitglieder feuern.

Bei der Suche nach weiteren, anderen Schuldigen, kramen die Grünen jetzt auch noch den Ex-Bürgermeister **Ekkehard Band** hervor. Der ist, wie **Bernd Krömer**, Bezirksgeschichte. Natürlich trägt auch Band die Verantwortung dafür, dass man nicht rechtzeitig das Koloniegelände gerettet hat. Dazu bestand mehrfach die Möglichkeit, auch schon vor dem Verkauf im September 2009. 2011 wären bei einer Änderung des Flächennutzungsplans schon Schadensersatzforderungen auf den Bezirk zugekommen. Bislang hat aber niemand geprüft, wie hoch diese sein würden. Aus der Umgebung des Investors wird ein Betrag von acht Millionen Euro genannt. Kann sein, muss nicht sein.

Man könnte, wenn man gut gelaunt ist, den Offenen Brief der Grünen als Versuch werten, die angeschlagene Zählgemeinschaft retten zu wollen. Wobei, ob diese Zählgemeinschaft zerbricht oder weiter existiert, ist so wichtig wie das Umkippen des berühmten Reissacks ins China. Der Offene Brief trägt aber, allein schon weil er offen ist, nicht zur Deeskalation bei. Ganz unschlau ist es, Ultimaten öffentlich zu nennen. Die Grünen verlieren sich in ihrem Brief mal wieder in

Schuldzuweisungen und Verleumdungen. Immer wieder zählen die Grünen Stadtentwicklungssenator **Michael Müller** an. Auch wenn **Sibyll Klotz** und ihre Grünen Parteifreunde immer und immer wieder behaupten, Müller könne es richten, so wird dieser Unsinn durch ständiges Wiederholen nicht wahrer. Die Planungshoheit liegt beim Bezirk, und dieser Bezirk hat nie einen Antrag auf Änderung des Flächennutzungsplans an die Senatsstadtentwicklungs- und Wirtschaftsverwaltung gerichtet. Frau Dr. Klotz hat sich schriftlich – jedenfalls findet sich dafür kein Beleg – nie an **Michael Müller** gewandt. Die Senatsstadtentwicklungsverwaltung kann aus eigenem Ermessen überhaupt nicht tätig werden. Ist das so schwer zu begreifen?

Der einzige Satz, der in dem Offenen Brief wirklich interessant ist, ist der folgende, den wir hier noch einmal wiederholen:

„Ob eventuell doch noch das Eisenbahnbundesamt die Planungszuständigkeit für das Gelände hat, kann - noch einmal – im Lichte möglicher neuer Erkenntnisse sorgfältig recherchiert und rechtlich bewertet werden.“ Aha. Kann? Wann fängt Frau Dr. Klotz mit der Recherche an? Nachdem sie auch noch weitere Bauanträge genehmigt hat?

Gänzlich unglaublich als Deeskalationsversuch erscheint der Offene Brief, datiert vom 26. April 2013, wenn man ihn in Zusammenhang mit einem Artikel vom 23. April 2013 auf der Seite der Bezirksgrünen liest. Der Ex-Vorsitzende der Tempelhof-Schöneberger Grünen und Mitglied im Kreisvorstand, **Jürgen Roth**, lässt die Grüne Maske fallen. Zuerst reagiert er sich an der CDU ab. Geschenkt. Dann fällt auch er über **Michael Müller** her mit Vorwürfen, die lange vor seiner Amtszeit als Stadtentwicklungssenator lagen. Was man bei Frau Dr. Klotz beklagt, gilt natürlich nicht für die anderen. Roth beschuldigt Müller, dass dieser „eisern jede Änderung am Flächennutzungsplan verweigert.“ Was für eine dreiste Lüge. Und da der Grüne Ex-Chef schon mal dabei ist, im Rundumschlag alle zu beschimpfen, die nicht seiner Meinung sind, gießt er seinen Verleumdungsbrei auch gleich über den Vorsitzenden des Vereins Grüner Sänthispark e.V. und den Herausgeber dieser Publikation. Ohne diese Publikation hätte niemand bemerkt, wie Frau Dr. Klotz im letzten Jahr still und heimlich durch eine Mitteilung zur Kenntnisnahme den Fall Sänthisstraße beerdigen wollte. Das schmerzt natürlich im Nachhinein.

Während die aktuellen Grünen Chefs **Dilek Kolat** „dringend bitten, die SPD des Bezirks davon zu überzeugen, auf die Linie der in der Zählgemeinschaftsvereinbarung vereinbarten vertrauensvollen Zusammenarbeit zurückzukehren“ findet der von der Leine gelassene Kettenhund der Partei deutlichere Worte: „Liebe Frau Senatorin Kolat: Bringen Sie als SPD-Kreisvorsitzende bitte Ihren Laden in Ordnung. Es ist ja verständlich, dass eine Partei am Rande der 20-Prozent-Klausel kurz vor der Bundestagswahl zapplig wird. Aber so kommt sie bestimmt nicht aus dem Knick.“ Wir haben eigentlich bislang noch nichts von einer „20-Prozent-Klausel“ gehört, aber viel schlimmer ist die dümmliche Anmache. Wie soll man da zu einer „vertrauensvollen Zusammenarbeit zurückkehren“ wollen. „Es bleibt dabei“, verdreht Roth weiter die Tatsachen, „Der Schlüssel zur Bewahrung der Kleingartenkolonie Sänthisstraße liegt im Senat, genauer gesagt in der Schreibtischschublade von Senator Müller! Er könnte den Flächennutzungsplan ändern lassen und so die Nutzung der Fläche für dieses merkwürdige Logistikzentrum doch noch stoppen. Also bitte: nicht schwätzen, sondern handeln!“ Genau. Herr Roth hat sich mit seiner Aufforderung, „nicht schwätzen, sondern handeln“, mit **Michael Müller** nur den falschen Ansprechpartner ausgesucht. Die Aufforderung muss an **Sibyll Klotz** gehen, in deren Schreibtisch der besagte Schlüssel liegt. Es ist die bekannte Tragik, wenn jemand angeschlagen ist, kann er nicht mehr klar denken und schlägt wahllos um sich. Die Tempelhof-Schöneberger SPD ist um ihren Zählgemeinschaftspartner nicht zu beneiden.